

P/XVII/68 - 23. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Toter Punkt in Genf</u> Aber e i n e Tür bleibt offen	40
2	<u>Neue Chancen für Frankreich</u> Ende des Algerienkrieges macht Paris wieder manövrierfähig Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	38
3	<u>Sauberes Trinkwasser wird zum Problem</u> 700 Experten fordern Haftpflichtversicherung gegen Risiko der Verschmutzung	40
3a	<u>Die Glasse:</u> <u>Kandidat für 1965</u> Felix von Eckardt - eifriger Parteipolitiker	32
4	<u>"Privatinitiative"</u> Wirklichkeit oder "Doktrin"?	36
5 - 6	<u>Erziehung in den Vereinigten Staaten</u> Experimentierfreudige Amerikaner Von Hermann Bortfeldt	81
7 - 8	<u>Entdeckt Moskau das Kaffeehaus?</u> Von Rudolf Hornig	72

* * * *

* * *

Verantwortlich Günter Markscheffel

Toter Punkt in Genf

Aber e i n e Tür bleibt offen

G.M. - Die Nachrichten aus Genf sind bedrückend. Nach vier Tagen Vorbesprechungen und 12 Tagen "Hauptverhandlungen", die nicht nur von den Aussenministern selbst, sondern auch in Unterkommissionen geführt wurden, zeichnete sich in dieser Woche erneut die Unvereinbarkeit des amerikanischen und sowjetischen Standpunktes in den Fragen der Kontrolle eines möglichen Stopps der Atomwaffenversuche ab.

Die Sowjets bleiben dabei: sie dulden keine internationale Kontrolle auf ihrem Hoheitsgebiet, weil sie diese als "Spionage" betrachten. Im Gegensatz dazu meinen die Amerikaner, die internationale Kontrolle müsse garantiert sein, weil mit den jetzt anwendbaren wissenschaftlichen und technischen Methoden von aussen her nicht absolut sicher festgestellt werden kann, ob trotz feierlicher Versprechungen nicht doch irgendwo Atomwaffenversuche vorbereitet oder durchgeführt werden.

Die Bemühungen des polnischen Aussenministers Rapacki, seinen seit 1957 mehrfach modifizierten Plan zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone wieder zu beleben, sind zunächst im Ansatz steckengeblieben. Ob dies darauf zurückzuführen ist, dass Rapacki kaum neue Elemente, die der gegenwärtigen Situation gerecht werden könnten, einfügte, war in Genf nicht zu klären.

Auch das Berlin-Problem, über das - ohne offizieller Tagesordnungspunkt zu sein - gesprochen wurde, konnte nach den bisherigen Informationen in keiner Weise einer vernünftigen Lösung nähergebracht werden. Die Sowjets sind bei ihren bekannten Forderungen geblieben, die praktisch auf eine Isolierung Westberlins vom Westen und die Anerkennung der "DDR" abzielen.

Diese wenig erfreuliche Situation wird noch durch Meldungen kompliziert, aus denen zu entnehmen ist, dass man in Osten und Westen weitere Atomtests vorbereitet.

Im Hintergrund aller dieser bedrückenden Tatbestände wird nach wie vor in Genf von der Möglichkeit eines Gipfeltreffens gesprochen. Angeblich soll bereits über Termine verhandelt worden sein, und bei genauerer Beobachtung der Vorgänge stellt man sogar fest, dass "zwischen den Fronten" Moskau und Washington auf wissenschaftlicher Ebene ein gemeinsames Programm für die Entwicklung der Weltraumforschung für möglich halten.

E i n e Tür bleibt also offen, und wenn wir auch gerade in Deutschland alle Ursache haben, die festgefahrenen Fronten in Genf mit grösster Besorgnis zu beobachten, so sollten wir doch nicht nachlassen, systematisch und zielstrebig auch unseren Beitrag zur Überwindung des toten Punktes in Genf in Zusammenarbeit mit unseren westlichen Freunden zu leisten.

Neue Chancen für Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der französisch-algerische Waffenstillstand, wenn auch noch gefährdet durch das Sperrfeuer der OAS, findet in aller Welt einstimmigen Beifall und öffnet neue Chancen für Frankreich. Fast alle Schwierigkeiten der französischen Innen- und Aussenpolitik sind seit mehreren Jahren auf den Algerienkrieg zurückzuführen.

Plötzlich lichtet sich der Horizont. Die Beziehungen mit Tunis und Marokko sind erleichtert. Eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Frankreich und dem ganzen Maghreb rückt in greifbare Nähe. In Syrien und Libanon werden Frankreich gegenüber wieder freundliche Töne angeschlagen. Selbst Wasser lässt sich zu höflicher Anerkennung herbei. Andererseits ist Israel keineswegs besorgt über die neue Annäherung zwischen Paris und den arabischen Ländern. Das Begrüssungstelegramm Ben Gurions an de Gaulle war sogar besonders herzlich.

Die Bindungen Frankreichs mit den früheren Kolonien und jungen Republiken Zentral- und Westafrikas sind durch den Algerienkrieg nicht mehr belastet. Selbst Guinea, seit einiger Zeit Paris gegenüber scharf ablehnend, zollte dem Evian-Abkommen Anerkennung. Die Chancen Frankreichs steigen wieder im ganzen französisch-sprechenden Afrika und überhaupt bei den Neutralen.

Das französische Ansehen kann erst recht bei den westlichen Verbündeten und im Rahmen der UNO wieder hergestellt werden, wo sich die Diplomatie des Quai d'Orsay in den letzten Jahren gerade wegen des Algerienkrieges oft genug in einer peinlichen Situation befand. Die Glückwünsche des Präsidenten Kennedy zugleich an General de Gaulle und an Ben Chedda beweisen, wie sehr die französisch-algerische Verständigung gerade auch im Sinne der Vereinigten Staaten liegt.

Die Beilegung des Algerienkrieges gibt schliesslich der französischen Aussenpolitik neue Bewegungsfreiheit. Das bedeutet verstärkter Einsatz in Europa, aber auch erhöhte Manövriermöglichkeit gegenüber den Alliierten, vielleicht noch festeres Pochen auf Frankreichs Eigenständigkeit. Das Fernbleiben von der Genfer Abrüstungskonferenz und die neue Versteifung in der Europa-Diskussion könnten Vorboten eines noch grösseren französischen Unabhängigkeitsdranges sein.

Wie die neuen Chancen Frankreichs genutzt werden, ist noch nicht gewiss. Die Befreiung vom Bleigewicht des Algerienkrieges öffnet jedenfalls dem Frieden und Fortschritt neue Perspektiven, die nur durch einen Wahnsinnsakt der rechtsradikalen Fanatiker wieder vernichtet werden könnten.

Sauberes Trinkwasser wird zum Problem

700 Experten fordern Haftpflichtversicherung gegen Risiko der Verschmutzung

ss - Am vergangenen Wochenende ging in Lübeck ein Kongreß der Trinkwasserfachleute aus dem ganzen Bundesgebiet zuende, an dem 700 Experten des In- und Auslandes teilnahmen. Die Frage, wie unser Trinkwasser besser geschützt werden kann, stand im Mittelpunkt der Tagung, die vom Verband der deutschen Gas- und Wasserwerke sowie des deutschen Vereins der Gas- und Wasserfachmänner getragen wurde.

Da ging es vor allem anderen um das Problem der Haftpflichtversicherung gegen das Risiko, welches dem Trinkwasser in der Industriegesellschaft von heute immer stärker durch die Lagerung flüssiger wie auch fester Stoffe droht. Die Fachleute in Lübeck bejahten nachdrücklich den Zwang, gegen das Risiko der Verschmutzung eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Im Gegensatz zum Bundesjustizministerium meinten sie, daß diese Zwangshaftpflichtversicherung auch ohne weiteres eingeführt werden dürfe.

Nun werden sicher Teile der Wirtschaft noch mit gewichtigen Argumenten gegen die Forderung nach Zwangsverpflichtung aufwarten. Aber in Lübeck legten die Trinkwasserexperten Tatsachen vor, die letztlich das Interesse aller finden sollten, denn jedermann ist ja Trinkwasserverbraucher. Die Stadt T r i e r z.B. mußte für 20 Millionen Mark ein neues Wasserwerk bauen, nachdem die alten Anlagen unbrauchbar geworden waren, weil dort Öl aus undicht gewordenen Tanks in die Wasser führenden Schichten eingedrungen war.

In Westberlin könnte der Zwang zur Versicherung sogar eine Art staatspolitische Auswirkung haben, nämlich die, Öl-Lagerstätten mit zusätzlichen Absicherungen zu versehen. Würde das Grundwasser der Insel Westberlin verseucht, gäbe es für die Trinkwasserversorgung keine Ausweichmöglichkeit - es sei denn, man würde Frischwasser aus dem Bundesgebiet heranschaffen.

Die Wasserfachleute mehrerer Städte berichteten in Lübeck über den technischen Aufwand, der heute notwendig ist, um die Bevölkerung mit gutem Trinkwasser zu versorgen. So mußte die Stadt B ü s s e l á o r f eine neue Wasserwerkgruppe errichten, nachdem das aus den Uferzonen des Rheines gewonnene Trinkwasser wegen seiner Durchsetzung mit starken Eisen- und Manganverbindungen unbrauchbar geworden war. Viele Küstenstädte können kein Grundwasser beziehen, weil es wegen des nahen Meeres sehr schnell versalzen würde; sie sind also auf sauberes Oberflächenwasser angewiesen.

Daß die Trinkwassergewinnung immer komplizierter wird und damit des Versicherungsschutzes und auch des gesetzlichen Schutzes bedarf, ging aus vielen weiteren Beispielen, die in Lübeck gegeben wurden, hervor.

Die Glosse:

Kandidat für 1965

Felix von Eckardt - eifriger Parteipolitiker

sp - Der Staatsbürger Felix von Eckardt darf es; nämlich sich im Rahmen einer politischen Partei betätigen. Auch der politische Beamte Felix von Eckardt ist rein juristisch gesehen dazu berechtigt. Ob aber der Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung richtig handelt, wenn er sich aktiv parteipolitisch betätigt, steht auf einem ganz anderen Blatt.

In Borm hat man davon noch nichts gemerkt, daß Felix von Eckardt, nachdem er im Wahlkreis Cuxhaven bei der letzten Bundestagswahl durchgefallen ist, in der Zwischenzeit stellvertretender CDU-Bezirksvorsitzender geworden ist, daß er laufend in diesem Gebiet für die CDU Versammlungen abhält und sich bereits jetzt auf eine Kandidatur für ein Bundestagsmandat im Jahre 1965 vorbereitet. Ob Felix von Eckardt auch Mitglied der CDU geworden ist, ist nicht bekannt, aber schließlich ist das bei dieser Partei ja nicht unbedingt erforderlich.

Wie gesagt, juristisch ist dem Staatssekretär nicht beizukommen; aber trotzdem sollte er einmal sehr sorgfältig überlegen, ob man beide Funktionen gleichzeitig wahrnehmen kann. Ganz abgesehen davon, daß er seinem Amt auf diese Weise nicht mehr voll zur Verfügung steht, wird er eines Tages zwangsläufig in Interessenkollisionen kommen. Nachdem man weiß, was er in Cuxhaven treibt, wird man ihn sehr sorgfältig auf die Finger sehen müssen, und der Tag ist vorauszusehen, an dem sich politische Kontroversen um Felix von Eckardt ergeben werden. Das wiederum muß dem Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung schweren Schaden zufügen, denn von ihm erwartet man zumindest, daß er die Rolle eines ehrlichen Maklers zwischen Bundesregierung und Presse spielt.

Dabei gibt es eine einfache und saubere Lösung. Wenn Herr von Eckardt glaubt, den Wahlkampf für 1965 schon jetzt beginnen zu müssen, dann kann er sich in den Wartestand versetzen lassen. Seine Bezüge werden dann ein wenig geschmälert, aber schließlich kann man ja erwarten, daß jemand für eine Idee auch Opfer bringt. Tut er es nicht, so können wir ihm schon jetzt voraussagen, daß er in nächster Zeit viel Ärger haben wird.

"Privatinitiative"

Wirklichkeit oder "Doktrin" ?

BP. - Von Zeit zu Zeit hört und liest man, die Privatinitiative - besonders in der Industrie - sei "d a s belebende Element" unserer Volkswirtschaft. In gewissem Sinne ist das richtig, denn zweifellos drängt die menschliche Natur nach Wagnissen, persönlichem Einsatz und Überwindung von Schwierigkeiten, zumal damit auch die Chance für einen persönlichen Gewinn gegeben ist.

Die Sache wird jedoch problematisch, wenn man aus diesem natürlichen Streben des Menschen eine wirtschafts- und gesellschafts-politische "Doktrin" macht.

In der modernen Industriegesellschaft mit ihren für den einzelnen oft nicht überschaubaren Komplikationen entstehen im Namen dieser "Doktrin" häufig geistige und materielle Engpässe, die zu einem volkswirtschaftlichen Problem für die G e s a m t h e i t werden.

So hat sich gezeigt, dass seit Jahrzehnten renommierte und gewiss auch mit der Privatinitiative ihrer Besitzer aufgebaute Werke wie Hanomag, Henschel und Borgward - um nur einige Beispiele zu nennen - im Augenblick auftretender Schwierigkeiten keineswegs ein "privates Problem" bleiben. Im Gegenteil, sobald das Ausmaß von Fehlspekulationen, Fehlinvestitionen und zum Teil sogar privater Unfähigkeit die Existenz von Tausenden von Arbeitern und Angestellten und deren Familien bedrohte, wurde dieses privatwirtschaftliche plötzlich zu einem g e s a m t w i r t s c h a f t l i c h e n Problem. Die Inhaber der Firmen bemühten sich - zugegeben, nicht nur in ihrem eigenen, sondern auch im Interesse ihrer Angestellten und Arbeiter - um öffentliche Kredite. Sie appellierten also an den Staat, genauer gesagt, an den Steuerzahler, von dem sie plötzlich verlangten, dass er ihre Sorgen behebt.

Wir haben auch schon erlebt, dass n a c h einer Intervention mit Hilfe von Steuergeldern, also nach Beseitigung unmittelbarer Gefahren für den Betrieb und seine Belegschaft, der Unternehmer wieder aufkreuzte und nunmehr im Namen einer privatwirtschaftlichen Doktrin auf seine privaten Rechte pochte.

Es sollte einmal gründlich untersucht werden, wer, besonders nach der Währungsreform, mit Hilfe öffentlicher Kredite privates Vermögen angesammelt hat und heute so tut, als sei alles Erreichte ausschliesslich das Ergebnis seiner privaten Initiative.

Erziehung in den Vereinigten Staaten

Die Amerikaner experimentieren

Von Hermann Bortfeldt

Die amerikanischen Kinder gehen bekaamtlich gern zur Schule - man wollte, es wäre bei uns auch schon so. Schließlich ist das doch eins der wesentlichen Ziele aller schulreformerischen Bestrebungen gewesen, die nun seit über einem halben Jahrhundert andauern. Reformexperimente sind in Deutschland genug gemacht worden, wenigstens früher. Neuerdings ist man nicht mehr so experimentierfreudig, sondern schließt sogar - wie jetzt in Norddeutschland geschehen - als vorbildlich anerkannte Reformschulen. Dabei soll ein gutes Schulklima ja nicht nur unseren Kindern die Kindheit angenehm machen; es ist vielmehr die Basis dafür, daß sie wirklich etwas lernen und das Gelernte behalten.

Meist kostenloser Unterricht

Die Amerikaner verbreiten jetzt in der Bundesrepublik eine Broschüre, in welcher natürlich nur vom amerikanischen Schulwesen die Rede ist, die aber durch indirekte Beleuchtung u n s e r nachhinkendes Schulsystem in einem nicht sehr günstigen Licht erscheinen läßt. Die weit überragende Mehrzahl der Grund- und Oberschüler wird heute in den USA an öffentlichen Gemeindeschulen k o s t e n l o s unterrichtet. Die Unabhängigkeit der örtlichen Schulverwaltung (im Rahmen gewisser einzelstaatlicher Vorschriften) gehört zu den erstaunlichsten Merkmalen des amerikanischen Bildungswesens. Noch erstaunlicher ist freilich die Existenz von annähernd 1500 Colleges und Universitäten, die alle wenigstens den ersten akademischen Grad der Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften (den Baccalaureus Artium oder Scientiarum) erteilen und von denen viele zu den höheren Graden der Jurisprudenz oder Medizin und zum Ph.D. (Philosophiae Doctor) der Natur- und Geisteswissenschaften führen.

Das College

Das College ist eine spezifisch amerikanische Einrichtung, Produkt der historischen Entwicklung, welche einerseits die klassische Bildungstradition in sich aufnahm und andererseits die technischen - und landwirtschaftlichen - Wissenschaften, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts entstanden. Das College - das mancher pädagogische Kenner hier bei uns eingeführt sehen möchte - ist weder vollgültige Hochschule im europäischen Sinne noch Gymnasium, obgleich viele Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Studienjahren an einem amerikanischen College und den beiden letzten Unterrichtsjahren an einem europäischen Gymnasium bestehen.

Etwa sechs Prozent der jungen Amerikaner desselben Geburtsjahrgangs richten ihr Studium auf einen akademischen Beruf aus. Daran hat sich proportional in den letzten 50 Jahren wenig geändert. Nur die absoluten Zahlen sind enorm angewachsen. Wichtig ist freilich, daß frü-

her praktisch nur diese kleine Gruppe die Hochschulen bezog, während heutzutage rund 30 Prozent aller Jugendlichen nach dem Oberschulabschluß an College weiterstudieren. Grob geschätzt, haben drei von vier amerikanischen Studenten also gar nicht die Absicht, Akademiker im europäischen Sinne zu werden, sondern sie wollen lediglich die gebotenen Bildungsmöglichkeiten ausnutzen, um ihre Kenntnisse zu erweitern und sich eine möglichst günstige Ausgangsbasis für den Sprung ins Berufsleben zu sichern.

Jeder dritte Amerikaner "geht zur Schule"

In den Vereinigten Staaten hat erstmals in der Menschheitsgeschichte eine große Nation den Versuch unternommen, a l l e m ihren Kindern nicht nur eine gute Grundschulbildung, sondern eine weiterführende, kostenlose Schulerziehung bis zum 17. oder 18. Lebensjahr angedeihen zu lassen. Die Bewältigung dieser selbstgestellten Aufgabe in vergleichsweise kurzer Zeit sicherte der amerikanischen Gesellschaft in Prinzip die ursprüngliche Chancengleichheit. Das ist umso bemerkenswerter, als diese Leistung im wesentlichen durch das spontane Zusammenwirken der Gemeinden, der Einzelstaaten und verschiedener gesellschaftlicher Faktoren zustande kam.

Hinzu kommt, daß schon bald die Tore der Hochschule für alle Jugendlichen weit aufgestoßen wurden, die den Willen und die Begabung zum akademischen Studium haben. Rund 30 Prozent aller jungen Amerikaner belegen heute wenigstens einige Hochschulsemeister, ein großer Teil studiert weiter bis zum Diplom- oder Examensabschluß. Darüber hinaus bieten die Hochschulen auch den Erwachsenen die mannigfaltigsten Studien- und Fortbildungsmöglichkeiten, mit dem Ergebnis, daß gegenwärtig aus einer Gesamtbevölkerung von 180 Millionen Amerikanern jeder Dritte in dieser oder jener Weise "zur Schule geht".

Gute Anregungen werden befolgt

Da weder ein Vorbild noch ein fest umrissener Plan für dieses gewaltige Unternehmen existierte, ging es zwangsläufig den empirischen Weg des Experiments, der Erprobung einer Vielzahl von Möglichkeiten, des Auspendelns extremer Konzeptionen, und das ist ein Weg, zu dem Mut und Schwung erforderlich sind sowie die Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen. Die Amerikaner waren auf diesem Gebiet immer unbestechliche Kritiker ihrer eigenen Experimente. Doch solche Kritik ist in der Regel verbunden mit konkreten Gegenvorschlägen, mit Anregungen, wie man es anders und besser machen kann.

Anregungen werden auch bei uns gemacht. Der Unterschied ist nur, daß in den USA die besten Anregungen befolgt werden.

Entdeckt Moskau das Kaffeehaus ?

Von Rudolf Hornig

In der Gorkistraße in Moskau wurde im vergangenen Jahr das erste Kaffeehaus eingerichtet, das den Namen "Kolodjoshnoje" (Jugend-Kaffeehaus) erhielt. Im Nachbarbezirk ist inzwischen ein weiteres Kaffeehaus dieser Art mit dem Namen "Aelita" entstanden. Man ist also dabei, die Vorzüge des Kaffeehauses zu entdecken und eine Einrichtung zu schaffen, die es bisher in Moskau und in den anderen russischen Städten nicht gegeben und die man ganz offenbar aus Wien übernommen hat.

"Man kann nicht jeden Tag ins Kino gehen"

Hinter der Aktion steht der staatliche Jugendverband der Konsolzen, der im Vorjahr die Jugend aufforderte, sich solche Tagesheilstätten zu schaffen. Man kann, so wurde argumentiert, nicht jeden Tag ins Kino oder ins Theater gehen, auch nicht in die Abendschule, in den Betriebsklub oder auf den Sportplatz. Zu Hause sei es oft sehr eng - die Wohnungsnot ist in Moskau trotz aller Neubauten noch sehr arg und soll erst bis zum Jahre 1970 wenigstens in ihren größten Auswüchsen behoben sein - und das Bummeln auf der Straße war dem Jugendverband auch nicht recht; es förderte zu sehr das Aufkommen des Halbstarckenproblems.

"Wir werden euch helfen"

Der Jugendverband gab die Anregung, daß sich junge Architekten an den Entwürfen für solche Kaffeehäuser beteiligen sollten, und erreichte es auch, daß sich Wettbewerbe der Architekten entwickelten, ohne daß man dafür irgendwelche Mittel aufwenden mußte. Für viele Architekten ist es eine Ehrensache, einmal an einem neuen Objekt zu zeigen, was sie können. Auch für die Ausstattung der Kaffeehäuser konnten Jugendbrigaden organisiert werden, denn die städtische Leitung des Konsol beantwortete Hinweise der Jugend, man müsse mehr solcher Kaffeehäuser schaffen, mit der Aufforderung: "Schafft sie euch selber, wir werden euch dabei helfen."

Schürzen und Häubchen

Das Kaffeehaus in der Gorkistraße besteht aus einer Reihe von nicht allzu großen Räumen, die modern eingerichtet sind. Die Leitung besorgt ein aus Jugendlichen gebildeter Verwaltungsrat, der derzeit aus dreizehn Jungen und Mädchen besteht, die sich ablösen und alle Arbeit ehrenamtlich besorgen. Die Serviererinnen tragen weiße Schürzen und Häubchen und sind von den dienstbaren Geistern in westlichen Lokalen nicht zu unterscheiden. Eine Tasse Kofka mit einem nach

einen Hausrezept gebackenen Cremetörtchen kostet 26 Kopeken, Bedienungsgeld wird nicht kassiert. Sonst gibt es noch alkoholfreie Getränke.

Jazz und Dichter auch dabei

In der Gorkistraße und auch im Kaffeehaus "Aelita" spielt eine Jazzband zum Tanz auf. Es sind derzeit vier Jazzbands eingesetzt, die sich in den Kaffeehäusern tageweise ablösen. Viele der Musiker spielen umsonst, weil sie sich die entsprechende Routine verschaffen wollen, um dann im Sommer in Kurorte zu gehen. Die Tanzfläche ist nicht sehr groß und daher dauernd stark besetzt - die Moskauer Jugendlichen sind sehr tanzfreudig und kennen sich in den modernen Tänzen ausgezeichnet aus. Zwischen der Tanzmusik werden Pausen gemacht und es wird neueste Dichtung, vielfach von den Autoren selbst, vorgetragen. Viele Schauspieler und Künstler kommen in das Jugendkaffee, um mit der Jugend zu debattieren und neue Werke vorzulesen. Auch Komponisten stellen sich ein und veranstalten Uraufführungen ihrer neuesten Werke, die sie am Klavier selber vorspielen.

Jugend ist begeistert

Die Einrichtung des Jugendkaffeehauses in der Gorkistraße hat so gut eingeschlagen, daß nicht nur das Kaffeehaus "Aelita" inzwischen geschaffen wurde, sondern auch in anderen Stadtbezirken bereits an der Errichtung von Kaffeehäusern gearbeitet wird. Bis zum Jahresende soll es in Moskau 20 Jugendkaffeehäuser geben und weitere sind im nächsten Jahr, auch an der Peripherie der Stadt und in den Nachbarorten, geplant. Die Nachricht von diesen Moskauer Jugendkaffeehäusern verbreitet sich auch in den anderen großen Städten der Sowjetunion und es kommen bereits Jugendliche nach Moskau, um das Funktionieren des Kaffeehauses in der Gorkistraße zu studieren.

Bezeichnend für die Begeisterung der Moskauer Jugend für die neuentdeckte Einrichtung des Kaffeehauses - von dem man ja immer behauptet, daß es in seiner Ursprungstadt, in Wien, langsam am Aussterben begriffen sei - ist ein Ausspruch eines Funktionärs des Moskauer Komsovol: "Unsere Jugend hat Neuland erschlossen und neue Städte gebaut - im Vergleich damit ist diese Aufgabe ein Kinderspiel, dabei ein reizvolles."